

Niederschrift

zur 23. Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 20.01.2016	18.30-20.10 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

Anwesenheit

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz Vertretung für Frau Käthe Radom, Monika Fiedler, Gerold Sachse,

CDU-Fraktion

Uwe Koch, Wolfgang Petenati, Jürgen Teichmann Vertretung für Frau Karin Lehmann,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe, Matthias Rudolph,

SPD-Fraktion

Jürgen Luban Vertretung für Herrn Stefan Sarrach, Sebastian Rausch,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel,

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst,

Verwaltung

Franka Koch, Sylvaine Meister, Christfried Tschepe, Dr. Eckhard Fehse

Gäste

Hr. Dr. Buhl

Hr. Storbeck

Hr. Thomas Fischer

Fr. Julia Lehmann (MOZ)

Thomas Apitz

Christoph Ulbricht (Spreebote)

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Käthe Radom entschuldigt,

CDU-Fraktion

Karin Lehmann entschuldigt,

SPD-Fraktion

Stefan Sarrach entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 23. Sitzung des Hauptausschusses und heißt alle Anwesenden herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 13 Ausschussmitglieder und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung gibt es seitens der SPD-Fraktion den Hinweis, dass der Antrag 6/AN/225 „Einführung eines Fürstenwalde-Passes“ aufgrund weiteren Beratungsbedarfes zunächst zurückgezogen wird. Damit entfällt der TOP 7.3. der Tagesordnung. Die so geänderte Tagesordnung wird bestätigt.

Zustimmung Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 16.12.2015

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende informiert über eine Veränderung in der Besetzung des Hauptausschusses in den Reihen der SPD-Fraktion. Hier ist zukünftig der Abg. Rausch für die ausgeschiedene Abg. Wagner tätig. Des Weiteren informiert er über die am 27. Januar zu Ehren der Opfer des Nationalsozialismus stattfindende Kranzniederlegung auf dem Ottomar-Geschke-Platz, einen am 21. Januar stattfindenden Vortrag über die polnische Partnerstadt Sulechów im Haus Brandenburg und den in Sulechów besuchten Neujahrsempfang. Die Anwesenheit von Vertretern aus der Partnerstadt Fürstenwalde wurde sehr herzlich begrüßt.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

-

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Jahresabschluss 2013; hier: Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen - Kommunalen Eigenbetrieb 6/DS/244

Zu diesem TOP ist Hr. Storbeck von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Münzer & Storbeck anwesend. Die Gesellschaft hat den Jahresabschluss geprüft (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Finanzrechnung, Lagebericht, Haushaltsgrundsätzebericht) und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Hr. Storbeck erläutert und beantwortet diverse Anfragen, bevor über die Drucksache abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den geprüften Jahresabschluss 2013 fest.

Zustimmung: 14 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Bürgermeister für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung zu erteilen.

Zustimmung: 12 Ja 1 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Jahresfehlbetrag von 424.156,68 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Zustimmung: 14 Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Münzer Storbeck Treuhand- und Revisions GmbH Eisenhüttenstadt mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2014 zu beauftragen.

Zustimmung: 12 Ja 2 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen

TOP 7.2 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Fürstenwalde/Spree 6/DS/240 über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen

Der FBL Stadtentwicklung, Herr Tschepe, berichtet, dass die Drucksache aufgrund der Bitte des Fachausschusses kurzfristig um eine Synopse ergänzt wurde. Er erläutert, warum die Verwaltung die Änderung bzw. Angleichung dieser Satzung vorschlägt (bisher unterschiedliche Heranziehung zu den Erschließungsbeiträgen für Grundstücke, die innerhalb bzw. außerhalb eines BPlan-Gebietes liegen). Nunmehr sollen alle Grundstücke, die durch die Erschließungsbeitragssatzung erfasst werden nach ihrer Grundstücksfläche, die im Innenbereich bzw. im Geltungsbereich eines BPlanes liegen, gleich behandelt werden. Die Kappungsgrenze von 50 m soll nur noch gelten, wenn ein Innenbereichsgrundstück im hinteren Teil im Außenbereich liegt und tiefer als 50 m ist. Er untermauert die Regelungen der Pkt. (4) a bis d mit einigen Beispielen.

Trotzdem zeigt die anschließende Diskussion, dass noch eine Reihe von Fragen offenbleibt. Deshalb regt der Vorsitzende an, diese Punkte bis zur Stadtverordnetenversammlung nochmals durch die Verwaltung mit konkreten realen Beispielen aus dem Stadtgebiet zu hinterlegen.

Über die Beratungsdrucksache wird auf Antrag des Abg. Rudolph heute nicht abgestimmt. Ein abgegebenes Meinungsbild ergibt aber, dass sich die Mehrheit positiv zum Sachverhalt äußert.

Kenntnisnahme

TOP 7.3 Einführung eines "Fürstenwalde-Passes"

6/AN/225

Zurückstellung

TOP 7.4 "Parkbühne und Stadtpark brauchen eine funktionierende Infrastruktur" 6/AN/229

Der Vorsitzende informierte kurz über die Diskussion im Ausschuss für Haushaltsüberwachung und Bürgerbudget. Darin verständigte man sich darauf, dass Teil 1 des Beschlussvorschlages –die Um- bzw. Neugestaltung des Stadtparks 2016 nicht umsetzbar ist. Insofern wird nunmehr über die notwendigen Investitionen an der Parkbühne zu befinden sein.

Der FBL Stadtentwicklung, Herr Tschepe, berichtet über die Debatte im Ausschuss für Stadtentwicklung. Im Ergebnis hat der Ausschussvorsitzende und Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE den Antrag

dahingehend umformuliert, dass in 2016 für die Sanierung der Parkbühne in den Haushalt 55.000 € eingestellt werden sollen. Diesem Antrag hat der Ausschuss zugestimmt. Der so geänderte Antrag liegt schriftlich momentan noch nicht vor, wird aber von Hr. Tschepe im Wesentlichen vorgetragen. Er fasst kurz zusammen, dass in 2015 knapp 77 T€ ausgegeben wurden, um die Voraussetzungen für eine befristete Nutzung und die Ausarbeitung des Bauantrages zu schaffen. Für 2016 sind für die erwarteten Forderungen aus der Baugenehmigung u.a. eine Notbeleuchtung 55 T€ eingeplant. Der Nutzer hat rd. 14.600 € Eigenanteil in 2015 erbracht, geplant sind in 2016 bis zu 83 T€.

Die Anwesenden sind erstaunt, dass der Ausschuss dem geänderten Antrag bereits zugestimmt hat. Sie sehen sich in der heutigen Sitzung dazu nicht in der Lage. Herr Wende wird gebeten, die Überarbeitung des Antrages bis zu den am Montagabend stattfindenden Fraktionssitzungen vorzunehmen.

Herr Tschepe berichtet nochmals, welche Maßnahmen an der Parkbühne bereits in 2015 realisiert wurden, um die vorläufige Nutzungsfreigabe zu erhalten (u.a. Planungsleistungen für Bauantrag, Planungsleistungen Sanitär, Instandsetzungsarbeiten Elektro und Sanitär, Freischaltung der Elektroanlage, Abbrucharbeiten der nicht mehr nutzbaren baulichen Anlagen).

Der Abg. Dippe ist darüber irritiert, dass hier offensichtlich ein erheblicher Mehrbedarf realisiert wurde, der in keinem Fachausschuss vorgestellt worden ist. Hr. Tschepe erinnert, dass sich die Kosten für die vorläufige Inbetriebnahme in dem verabredeten Rahmen bewegen, die Mehrkosten vor allem für die Nutzung in 2016, Vorbereitung des Bauantrages und den Abbrucharbeiten resultieren und dass sie als Aufgaben der laufenden Verwaltung erledigt worden seien. Das Bauordnungsamt war nur bereit, eine befristete Nutzungsgenehmigung zu erteilen und besteht auf einem Bauantrag (Lageplan, Planerleistungen etc.). Die Baugenehmigung oder einzelne Auflagen werden laut Hr. Tschepe für Anfang/Mitte Februar erwartet.

Abg. Fiedler legt Wert auf die Festlegung, alternative Finanzierungsmöglichkeiten für die Sanierung der Parkbühne zu prüfen. Hr. Tschepe stimmt dem zu und führt aus, dass auch Fördermöglichkeiten geprüft und genutzt würden.

TOP 7.5 "Sozialen Wohnungsbau ermöglichen"

6/AN/230

Hr. Tschepe berichtet über die Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss, in dem u.a. der Bedarf, Voraussetzungen und Auswirkungen auf den Fürstenwalder Wohnungsmarkt, Standorte und deren Verfügbarkeit, eine wohnungswirtschaftliche Untersuchung, die Leerstandssituation (5. Etagen) sowie Mieten (Kaltmieten 2014 bei 4,54 €/m²) betrachtet wurden.

Das Wort wird nun dem anwesenden Geschäftsführer der Wohnungswirtschaft GmbH, Hr. Dr. Buhl, erteilt. Er berichtet über Verhandlungen mit dem Landkreis Oder-Spree über die Nutzung von ca. 40 Wohnungen für Asylbewerber oder Personen aus dem SGB II Bezug. Die Wowi hat derzeit rd. 10 % Leerstand. Er tendiert daher für Sanierung vor Neubau und spricht sich auch für die Erarbeitung einer Marktanalyse, aus um den konkreten Bedarf für den sozialen Wohnungsbau in Fürstenwalde abzusichern.

Der Bürgermeister ergänzt, dass man sich dazu mit allen Wohnungsunternehmen verständigen müsse, um eine solche Marktanalyse relativ zeitnah zu finanzieren und auf den Weg zu bringen.

Der Antrag wird nach ausführlicher Debatte zunächst an die einreichende Fraktion zurückverwiesen mit der Bitte, die weitere Verfahrensweise aufzuzeigen.

TOP 8 Informationen der Verwaltung

-

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Abg. Fiedler fragt nach Ausweisung neuer Überschwemmungsgebiete für die Spree und möchte wissen, ob dazu schon nähere Auskünfte gegeben werden können.

Hr. Tschepe berichtet kurz, dass das Land Brandenburg ein Faltblatt erarbeitet hat. Er wird es zur Stadtverordnetenversammlung verteilen lassen und nähere Erläuterungen geben.

Hr. Rudolph fragt zum Stand des Verkaufs Holzhackschnitzelheizkraftwerk. Der Bürgermeister berichtet, dass der Verkauf wie beschlossen vollzogen wurde. Der Erste Beigeordnete ergänzt, dass ein Tag der offenen Tür geplant ist.

Hr. Sachse gibt den Hinweis, dass die Papierkörbe (Sparkasse und Bahnhof) ständig voll sind und die Umgebung verschmutzt ist. Er bittet die Verwaltung, ggf. den Reinigungsrhythmus zu prüfen.

Hr. Rudolph fragt nach dem Stand des Umbaus des Blockheizkraftwerkes SCHWAPP. Der Bürgermeister informiert, dass die Baugenehmigung noch nicht vorliegt, der Zeitplan aber noch nicht in Frage gestellt ist.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Die Niederschrift umfasst 5 Seiten.

Gerold Sachse

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin